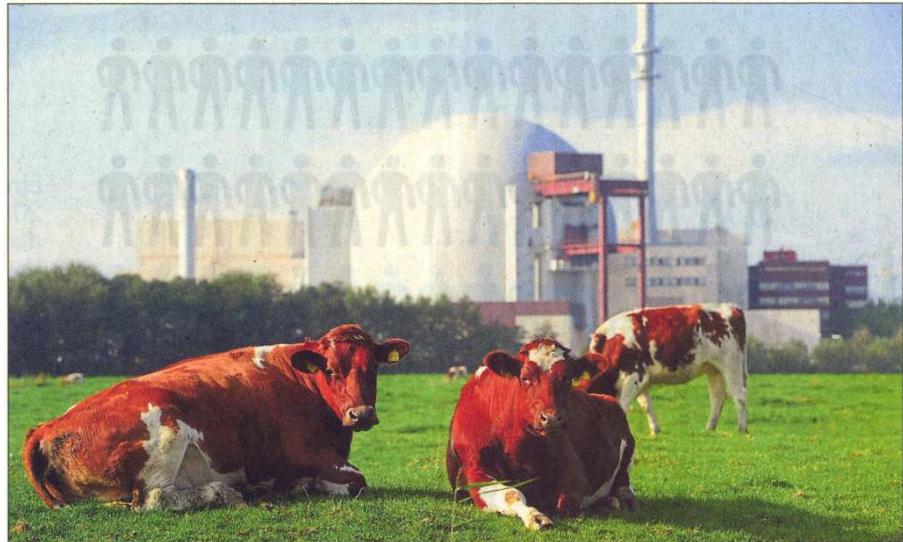


Stilllegung des AKW Brokdorf beantragt

Rückbau soll 15 Jahre dauern und 2023 beginnen

Von Andre Klohn

Brokdorf - Preussen-Elektra will das Atomkraftwerk Brokdorf Ende 2021 stilllegen und anschließend zurückbauen. Am Freitag stellte der Betreiber den notwendigen Antrag an die Atomaufsicht in Schleswig-Holstein. „Das ist der nächste große Schritt auf dem Weg zum tatsächlichen Ende der Atomenergie in Schleswig-Holstein“, sagte Energieminister Robert Habeck (Grüne).



Spätestens Ende 2021 muss das AKW Brokdorf endgültig vom Netz. Danach will Preussen-Elektra den Meiler zurückbauen. Nun kam der Antrag auf Stilllegung. Foto: Brandt

Nach dem Atomgesetz darf der Meiler an der Unterelbe längstens bis Ende 2021 am Netz bleiben beziehungsweise höchstens so lange, bis die festgelegte Reststrommenge aufgebraucht ist. „Mit der Antrag Stellung und der Information der Bürger sind die ersten Schritte in Richtung Stilllegung getan“, sagte Kraftwerksleiter Uwe Jordan. Der Betreiber begründete den Zeitpunkt des An trag mit dem zu erwartenden mehrjährigen Genehmigungsverfahren. Das Kernkraftwerk hat eine elektrische Bruttoleistung von 1480 Megawatt und beschäftigt rund 500 Personen.

Habeck begrüßte das Vorgehen des Konzerns. „Es ist gut, dass Preussen-Elektra den Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf bereits jetzt beantragt“, sagte er. Nach dem Rückbauverfahren für die Meiler Brunsbüttel und Krümmel könne damit das Genehmigungsverfahren für den Abriss des Meilers in Brokdorf beginnen. „Wenn Brokdorf nicht mehr läuft, ist der Norden atomstromfrei.“

Das AKW Brokdorf gehört zu 80 Prozent Preussen-Elektra und zu 20 Prozent Vattenfall. Betreiber der Anlage ist Preussen-Elektra. Das Kernkraftwerk ist seit 1986 am Netz. Die beiden anderen AKW in Schleswig-Holstein, Brunsbüttel und Krümmel, sind bereits vom Netz. Sie befinden sich im Nachbetrieb. In beiden Fällen laufen bereits die Genehmigungsverfahren für den Rückbau. Im Unterschied zu Brunsbüttel und Krümmel befinden sich in Brokdorf laut den Plänen in der ersten Phase des Abbaus noch Brennelemente im Reaktorgebäude, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausreichend abgeklungen sein werden. „Auf die Vereinbarkeit der in dieser Phase geplanten Abbauschritte mit der Lagerung dieser Brennelemente wird die Genehmigungsbehörde besonderes Augenmerk legen“, sagte der Leiter der Atomaufsicht Jan Backmann.

Mit dem eigentlichen Abbau des AKW kann erst begonnen werden, wenn die Atomaufsicht ihr OK gegeben hat. Dies wird für etwa 2023 erwartet. Der Rückbau soll 15 Jahre dauern. Dabei müssen Experten alle kontaminierten Komponenten und Gebäudeteile entsorgen. „Ich weiß, dass ein solcher Prozess auch viele Fragen und teil- ; weise Sorgen auslöst. Deswegen ist die Beteiligung der Öffentlichkeit besonders wichtig“, sagte Minister Habeck. Die Atomaufsicht werde den Rückbau so sicher wie möglich machen.